Sitzungsvorlage

Beratungsfolge

Sitzungsdatum

1.	Beschlussfassung	Haupt- und Finanzausschuss	öffentlich	23.11.2016

Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2017 sowie der 7. Fortschreibung HSK 2010-2017

Beschlussvorschlag:

Unter Berücksichtigung der Veränderungsliste Verwaltung empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat der Stadt Eschweiler zu nachfolgenden Konsolidierungsmaßnahmen der 7. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010 – 2017 folgende Beschlussfassungen:

Konsolidierungsmaßnahme 3.1.1 Sach- und Dienstleistungen

Die Obergrenze für das Haushaltsjahr 2017 für den Bereich der Sach- und Dienstleistungen wird im Rahmen der 7. Fortschreibung wie folgt verbindlich festgeschrieben:

2017: 31.395.550 Euro

Nur in begründeten Ausnahmefällen ist eine Überschreitung von einzelnen Sachkontenansätzen zulässig, sofern durch eine Deckungsmöglichkeit innerhalb des jeweiligen Budgets der Mehraufwand kompensiert werden kann.

Konsolidierungsmaßnahme 3.2 Freiwillige Leistungen

Im Haushaltsjahr 2017 sind die ergebniswirksamen freiwilligen Leistungen weiter restriktiv zu bewirtschaften.

Konsolidierungsmaßnahme 3.3 Personalrechtliche Maßnahmen

Die Verwaltung wird beauftragt, das ermittelte Einsparpotenzial aus der seit dem 03.04.2012 bestehenden Einstellungs- und Wiederbesetzungssperre in Höhe von insgesamt 500.000 € für das Jahr 2017 umzusetzen. Darüber hinausgehende Konsolidierungspotenziale aus den Festsetzungen im Personalwirtschaftskonzept sind weiter fortzuführen.

Konsolidierungsmaßnahme 3.4 Hebesatzanpassungen im Bereich Grundsteuer und Gewerbesteuer

Der Rat beschließt im Haushaltsjahr 2017 die Hebesätze für die

- Grundsteuer A bei 310 v.H.
- Grundsteuer B bei 520 v.H.
- Gewerbesteuer bei 490 v.H.

unverändert zu belassen.

Der Entwurf der Haushaltssatzung 2017 sowie die 7. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010 - 2017 sind entsprechend dem Ergebnis der abschließenden Haushaltsplanberatung durch den Haupt- und Finanzausschuss zu überarbeiten und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

A 14 - Rechnungsprüfungsamt ☒ Gesehen ☐ Vorgeprüft gez. Breuer		Datum: 17.11.2016 gez. i. V. Kaever					
1		2		3		4	
☐ zugestimmt		☐ zugestimmt		☐ zugestimmt		☐ zugestimmt	
☐ zur Kenntnis genommen		☐ zur Kenntnis genommen		☐ zur Kenntnis genommen		☐ zur Kenntnis genommen	
☐ abgelehnt		☐ abgelehnt		☐ abgelehnt		☐ abgelehnt	
☐ zurückgestellt		☐ zurückgestellt		☐ zurückgestellt		☐ zurückgestellt	
Abstimmungsergebnis		Abstimmungsergebnis		Abstimmungsergebnis		Abstimmungsergebnis	
☐ einstimmig		☐ einstimmig		☐ einstimmig		☐ einstimmig	
☐ ja		☐ ja		☐ ja		☐ ja	
☐ nein		☐ nein		☐ nein		☐ nein	
☐ Enthaltung		☐ Enthaltung		☐ Enthaltung		☐ Enthaltung	

Sachverhalt:

Der Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017 wurde am 20.09.2016 gemäß § 80 Abs. 1 GO NRW vom Stadtkämmerer aufgestellt und vom Bürgermeister bestätigt.

Nach der Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2017 sowie der 7. Fortschreibung des Haushalts sicherungskonzeptes 2010 - 2017 im Rat am 28.09.2016 sind Haushaltsansätze sowohl im Ergebnis- als auch im Finanzplan aufgrund von zwischenzeitlich eingetretenen neueren Entwicklungen und Erkenntnissen anzupassen. Die unabwiesbar notwendigen Änderungen sind dem als Anlage 1 beigefügten Veränderungsnachweis Teile A, B und Teile D - G (=Veränderungen Verwaltung) zu entnehmen.

Im Vergleich zur Entwurfsplanung ergibt sich in 2017 insgesamt eine geringfügige Verschlechterung in Höhe von rd. 52.000 Euro. Die Veränderungen begründen sich auf Ertragsseite insbesondere mit den Anpassungen aufgrund der 1. Modellrechnung GFG 2017. Als direkte Auswirkung der Verbesserung bei den Schlüsselzuweisungen (rd. 192.000 Euro) waren die Ansätze „Allgemeine Städteregionsumlage“ sowie „Städteregionsumlage Mehrbelastung ÖPNV“ anzupassen. Bezogen auf die Entwurfsplanung ergeben sich hier 122.000 Euro Mehraufwendungen. Nach wie vor verfügen die regionsangehörigen Kommunen über keinerlei Informationen und Erkenntnisse zur Entwicklung des nächstjährigen städteregionalen Haushaltes und damit zur Entwicklung der Städteregionsumlage 2017. Die StädteRegion hat, ohne vertiefende Begründung und obwohl ihr seit Juli die Orientierungsdaten, die Umlagegrundlagen und seit Mitte August die Höhe des geplanten Umlagesatzes der Landschaftsverbandsumlage für 2017/2018 bekannt sind und sie damit bereits über wesentliche Planungsparameter verfügt, die Einbringung ihres Haushaltes auf Anfang Februar 2017 verschoben. Das vorangestellte Benehmensverfahren mit den regionsangehörigen Kommunen zur Festsetzung der Regionsumlage 2017 soll demnach erst Anfang Dezember eingeleitet werden. Die Umlagezahlung an die StädteRegion stellt die Aufwandsposition mit dem größten Volumen dar. Der Regionsumlagesatz für das Jahr 2016 hat bereits im laufenden Haushaltsjahr aufgrund gestiegener gemeindlicher Umlagegrundlagen zu einem Mehraufwand in Höhe von rd. 2,7 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr geführt. Allein die Beibehaltung des Umlagesatzes auch im kommenden Jahr würde -wegen wiederum gestiegener Umlagegrundlagen- im Vergleich zu 2016 zu einem erneuten Mehraufwand von ca. 1,3 Mio. Euro führen. Angesichts der seit 2001 Jahr für Jahr absolut steigenden Umlagebelastung ist die Regionsumlage 2017 im Haushaltsentwurf der Stadt Eschweiler für das nächste Jahr mit einem Umlagesatz von 45,5 %, also mit rund 1%-Punkt höher als der aktuelle Umlagesatz, geplant worden. Dies bedeutet einen Aufwand bei der Allg. Regionsumlage 2017 vom 38.699.000 Euro und somit gegenüber dem lfd. Haushaltsjahr einen Mehraufwand von rd. 2,1 Mio. Euro.

Zum Zeitpunkt der Erstellung der Verwaltungsvorlage lagen die als Anlage 2 - 5 beigefügten Änderungsvorschläge der Stadtratsfraktionen SPD, CDU, FDP und DIE LINKE zum Haushaltsentwurf vor. Die Vorschläge sind im Veränderungsnachweis Teil C bzw. Teil H zusammengefasst.

Vorbehaltlich der Beschlussfassung stellen sich die Veränderungen unter Berücksichtigung der Veränderungsliste Verwaltung sowie des Beratungsergebnisses im Jugendhilfeausschuss am 22.11.2016 (Teil D und Teil E der beigefügten Anlage) wie folgt dar:

Veränderung Gesamtergebnis	2017	2018	2019	2020
Ergebnis Entwurfsfassung	1.728.500	4.217.450	8.500.400	13.335.150
Ergebnis neu	1.676.050	4.409.650	8.895.300	13.857.900

Mit der Genehmigung der Kommunalaufsicht zur Haushaltssatzung 2016 sowie zur 6. Fortschreibung HSK wurde u.a. verfügt, dass im Rahmen der Fortschreibung des HSK sowie der Aufstellung der künftigen Haushaltspläne zu beachten ist, dass in allen Planungsjahren eine Nettoneuverschuldung **im teil- und unrentierlichen Investitionsbereich** unzulässig ist.

Unter Berücksichtigung des beigefügten Veränderungsnachweises ermittelt sich die Nettoneuverschuldungsgrenze **für die teil- bzw. unrentierlichen Maßnahmen** im Haushaltsjahr 2017 wie folgt:

Investitionsvolumen für teil-bzw. unrentierliche Maßnahmen	7.073.450 Euro
abzgl. zu berücksichtigende Einzahlungen	7.515.950 Euro
Kreditbedarf für teil- bzw. unrentierliche Maßnahmen	- 442.500 Euro
Abzgl. ordentliche Tilgung ohne Umschuldungen (Obergrenze der maßgeblichen Nettoneuverschuldung)	-3.410.350 Euro
Unterschreitung Nettoneuverschuldung im teil- und unrentierlichen Bereich:	-3.852.850 Euro

Finanzielle Auswirkungen:

Personelle Auswirkungen:

Anlagen:

- Anlage 1 - Veränderungsliste 2017 Stand 17.11.2016
- Anlage 2 - Änderungsvorschläge SPD-Fraktion Haushalt 2017
- Anlage 3 - Änderungsvorschläge CDU-Stadtratsfraktion Haushalt 2017
- Anlage 4 - Änderungsvorschläge FDP-Fraktion Haushalt 2017
- Anlage 5 - Änderungsvorschläge Fraktion DIE LINKE Haushalt 2017